

Antrag

der Abgeordneten Hagen Reinhold, Michael Theurer, Reinhard Houben, Dr. Marcel Klinge, Dr. Martin Neumann, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Markus Herbrand, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Werften und Schiffbau in der Corona-Krise nicht allein lassen – Bund als öffentlicher Auftraggeber in Schlüsselrolle für wirtschaftliche Belebung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Corona-Krise und die daraus erfolgten Einschränkungen treffen Firmen in vielen Wirtschaftszweigen. Dies betrifft künftige Aufträge genauso wie laufende Projekte der Unternehmen. Die Schiffbaubranche in Deutschland ist seit Jahren im Umbruch und hat sich im Rahmen der Möglichkeiten nach der letzten Wirtschaftskrise neu aufgestellt und in hochmoderne Standorte investiert. Der Markt hat sich bereinigt, unwirtschaftlich gewordene Segmente haben sich ins Ausland verlagert. Diese, in den letzten Jahren entstandene, Hochtechnologiestruktur braucht jetzt, wie jeder andere Industriezweig auch, Aufträge. Der Bund und die Länder sind auch Auftraggeber heimischer Werften, Schiffbauer und Zulieferer – nicht nur für Neubauprojekte, sondern auch für Wartungsaufträge und Instandsetzungen. Der Bund ist im Besitz vieler Schiffe und Wasserfahrzeuge. Über 800 zivile Schiffe und Wasserfahrzeuge mit eigenem Antrieb sind Eigentum des Bundes. Dazu kommen über 170 Schiffe des Verteidigungsministeriums. Viele Ersatz- und Neubauten, die ohnehin in den kommenden Jahren gebraucht werden, könnten nun unter anderem für den wirtschaftlichen Fortbestand der von der Corona-Pandemie betroffenen Schiffbauindustrie in Deutschland sorgen. Geht uns die Fähigkeit verloren, komplexe Systeme in großen Einheiten wie Schiffen zu integrieren, fehlen uns Systemkompetenzen in einer Schlüsselindustrie, die uns den Wohlstand in der Zukunft sichert.

Die gestoppte Ausschreibung der „Polarstern“ oder der Ersatzneubau der „Meteor“ müssen für den Bund Priorität haben. Damit Probleme früherer Ausschreibungen zukünftig vermieden werden, muss sich der Bund von Anfang an über die benötigten Mittel Klarheit verschaffen, damit Ausschreibungen nicht wegen zum Beispiel zu niedrig angesetzter Mittel wieder gestoppt werden müssen. Es müssen Vergabeverfahren gewählt werden, die der deutschen Industrie eine echte Chance geben.

Im militärischen Bereich sind nun mit der Einstufung des Überwasserschiffbaus als Schlüsseltechnologie schnelle Ausschreibungen durch den Bund an heimische Werften möglich. Hierbei steht in der Bewertung der Aufträge, trotz neuer Möglichkeiten in der Ausschreibung, die Wirtschaftlichkeit der Projekte an hoher Stelle. Die Tanker „Rhön“ und „Spessart“ sollen seit langem durch Doppelhüllentanker ersetzt werden. Hier ist nun der richtige Zeitpunkt, endlich Fakten zu schaffen und die Projekte auch umzusetzen. All diese Vorhaben sichern die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland bei der Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben und ihrer militärischen Leistungsfähigkeit.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. wichtige zivile Schiffbauprojekte des Bundes früher als bisher geplant umzusetzen und die ohnehin benötigten bundeseigenen Schiffe und Wasserfahrzeuge vorzuziehen;
2. militärische Neu- und Ersatzbeschaffungen der Marine zügig auszuschreiben;
3. bei Neubauprojekten auf fortschrittliche Technologien zu setzen, zum Beispiel bei Antriebstechnologien, damit deutsche Werften ihr Knowhow weiter ausbauen können und der Bund seine Vorbildfunktion hin zu CO₂-neutralen Antrieben wahrnimmt;
4. bereits bestehende oder anstehende Planungen im maritimen Bereich, die sich bereits in der Haushaltsplanung wiederfinden, in den Bundesministerien mit höherer Priorität umzusetzen sowie Ausschreibungen und Vergaben zügig umzusetzen;
5. bei öffentlichen Vergaben im maritimen Bereich insbesondere auf das Verhandlungsverfahren oder die Innovationspartnerschaft zu setzen;
6. bundeseigene Schiffe, die nicht in den nächsten Jahren für Ersatzbeschaffungen anstehen, mit nachhaltigere Technologien nachzurüsten;
7. schnellstmöglich dafür Sorge zu tragen, das auf Grund der Coronabeschränkungen pausierte Neubau- und Wartungsprojekte des Bundes wiederaufgenommen werden;
8. dafür Sorge zu tragen, dass bei begonnenen Neubau- oder Reparatur-Projekten die Fertigstellung und bundeseigene Projektbegleitung durch genügend Personal sichergestellt ist.

Berlin, den 16. Juni 2020

Christian Lindner und Fraktion